

Nach G-20-Randale

## **Polizeigewerkschaft fürchtet Nato-Gipfel-Krawalle**

**Nach den Ausschreitungen rund um das G-20-Treffen in London, bei denen ein Demonstrant ums Leben kam, rechnen Polizeigewerkschaften mit erneuten, heftigen Protesten rund um den Nato-Gipfel in Straßburg und Kehl. Die Polizei erwartet rund 20.000 Gegner des Treffens, 3000 davon werden als gewaltbereit eingeschätzt.**

Vor dem Hintergrund der Randale beim G-20-Treffen in London haben Polizeigewerkschaften vor Krawallen beim Nato-Gipfel gewarnt und ein hartes Durchgreifen der Polizei gegen Gewaltbereite angekündigt. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, die Wirtschaftskrise habe die Stimmung der Kritiker gegen die führenden Industrienationen weiter angeheizt.

„Wir müssen damit rechnen, dass die Proteste beim Nato-Gipfel deutlich aggressiver werden als in der Vergangenheit.“ Freiberg befürchtet zudem, dass „reisende Gewalttäter den Protest der Friedensbewegung gezielt für Randale und brutale Übergriffe auf Polizisten missbrauchen könnten“. So könnte etwa sieht der autonome schwarze Block die Demonstrationen für Krawalle nutzen wollen.

Die Staats- und Regierungschefs von 28 Ländern, unter ihnen US-Präsident Barack Obama, versammeln sich am Samstagvormittag in Straßburg zu ihren Beratungen. Eröffnet wird das Spitzentreffen am Vorabend mit einem Dinner in Baden-Baden. Am Freitag und Samstag sind in beiden Städten Protestkundgebungen geplant, zu denen bis zu 20.000 Teilnehmer erwartet werden. Die deutsche Polizei schätzt, dass unter ihnen rund 3000 Randalierer sein könnten.

Eine erste Bewährungsprobe steht der Polizei auf der deutschen Seite am frühen Abend in Baden-Baden bevor. Dort werden etwas 400 Demonstranten zu einer Kundgebung gegen den Gipfel erwartet.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sagte der „NOZ“, die Krawalle von London seien „nur ein kleiner Vorgeschmack darauf, was uns beim NATO-Gipfel erwartet“. Er warnte gewaltbereite Störer, dass die Polizei hart durchgreifen werde und sie notfalls auch vorbeugend in Haft nehme.

„Eine zaghafte Einsatztaktik, die während des G8-Gipfel 2007 in Rostock zur Eskalation der Lage geführt hat, wird es beim NATO-Gipfel nicht geben.“ Wer sich Platzverweisen widersetze oder die friedlichen Proteste erheblich störe, „sitzt für die Dauer des Gipfels in der Zelle“, sagte Wendt. Krawallmachern werde mit einer „Null-Toleranz-Strategie“ begegnet.

Einen Vorgeschmack auf die Proteste erlebten die Sicherheitskräfte schon am Mittwochnachmittag, als an die hundert NATO-Gegner rund fünf Stunden lang die Europabrücke zwischen der badischen Grenzstadt Kehl und Straßburg blockierten. Wie ein Polizeisprecher mitteilte, sorgte der Protest für massive Verkehrsbehinderungen. Der

Protestzug habe sich gegen 16.30 Uhr aufgelöst. Am späten Nachmittag sei der Verkehr wieder normal gelaufen.

Der Protest richtete sich gegen das Einfuhrverbot für eine mobile Küche, die für das „Protest-Camp“ im Süden Straßburgs gedacht ist. Die französische Grenzpolizei verweigerte dem Bus, der die Küche transportiert, seit Dienstag die Einreise. Zur Begründung hieß es, die Fahrerin des Busses sei in einer Datei als Mitglied des als militant geltenden „Schwarzen Blocks“ aufgelistet.

Nach Angaben eines französischen Anwaltskollektivs wurden seit Dienstag insgesamt 16 Menschen an der Einreise nach Straßburg gehindert. Die französischen Behörden haben die Grenzkontrollen in den vergangenen Tagen erheblich verschärft, um potenziell gewalttätige Gipfelgegner an der Zufahrt nach Straßburg zu hindern.

dpa/AP/AFP/ks